

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 67 (1980)
Heft: 24

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umschau

Erstes schweizerisches Forum für den Fremdsprachenunterricht in Wildhaus

Vom 26. bis 28. November 1980 fand in Wildhaus das erste schweizerische Forum für den Fremdsprachenunterricht, das heisst für den Unterricht in der zweiten Landessprache statt. Die durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, in Zusammenarbeit mit dem BIGA, durchgeführte Tagung mit Fachleuten, Lehrern, Vertretern von Verbänden sowie von Schulbehörden, war den *Problemen des Übergangs zwischen der Sekundarstufe I und der Berufsschule*, namentlich den KV-Schulen gewidmet.

Es handelt sich um ein altes Problem struktureller und grundsätzlicher Natur. Da die Sekundarstufe I innerhalb der obligatorischen Schulzeit je länger je mehr zu einem in sich abgeschlossenen Zyklus wird, der die Interessen verschiedener Schülerkategorien wahrnehmen muss und nur zu einem geringen Teil eine Berufsfeld- oder -wahlvorbereitung vermittelt, besteht ein latenter Zielkonflikt mit der Berufsbildung, wo es vorab um die Berücksichtigung von berufspraktischen Lernzielen geht. Dies gilt im Unterricht in der zweiten Landessprache genauso wie in anderen Fächern. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen Sekundarstufe I und Berufsbildung ist deshalb unabdingbar, wenn der Übergang harmonisch gestaltet werden soll. EDK und BIGA haben diese Zusammenarbeit bereits im Bereich des Mathematikunterrichts eingeleitet und 1979 ein entsprechendes gesamtschweizerisches Forum erstmals veranstaltet.

Im Fremdsprachenunterricht war sie deshalb fällig, weil in den letzten 10 bis 15 Jahren in diesem Bereich eine intensive Reformtätigkeit zu verzeichnen war und die EDK selbst im Rahmen der Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts in die Primarstufe neue Akzente bei den Lernzielen gesetzt hat (Empfehlungen der EDK zum Fremdsprachenunterricht vom 30. Oktober 1975). Während früher der formale Erwerb grammatikalischer Kenntnisse und das Wissen *über* die Sprache im Vordergrund stand, sollen allmählich das Hörverstehen, die mündlichen Ausdrucksformen und ein auf den praktischen Gebrauch ausgerichtetes Beherrschen der Sprache stärker betont werden. Diese didaktische Akzentverschiebung wirkte sich immer mehr in der obligatorischen Schulzeit aus, drang jedoch erst in letzter Zeit mit dem Eintritt der mit der neuen Fremdsprachpädagogik vertrauten Jugendlichen in die Berufsschulen ein. Das Forum hatte sich die Aufgabe gestellt, eine bessere Zusammenarbeit unter den beiden Schulstufen einzuleiten: einerseits um Verständnis für die neuen didaktischen Schwerpunkte zu werben, andererseits um den

berufspraktischen Bedürfnissen in den Lernzielen der Berufsbildung Rechnung zu tragen.

Foren gestatten es, im direkten mündlichen Kontakt aller Beteiligten eventuelle Missverständnisse auszuräumen, Kompromisse auszuhandeln und den Konsens zu bilden.

Die Teilnehmer kamen im Laufe des Forums in Wildhaus zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Bei den Berufsschulen ist Verständnis für die Reformanliegen zweifellos vorhanden, allerdings lehnt man jede Einseitigkeit oder «Monokultur» bei den Methoden ab.
- Wenn in Zukunft das Mündliche stärker betont wird, so bedeutet dies keineswegs Verzicht auf gewisse Voraussetzungen im schriftlichen Ausdruck.
- Volksschule und Berufsschule müssen im Gespräch bleiben, um *zusammen* allfällige Probleme bei der gegenseitigen Abstimmung der Lernziele zu lösen.

Diese Forumsergebnisse werden in den nächsten Wochen ausgewertet und den interessierten Kreisen bekannt gegeben.

Bericht über ein Nordwestschweizerisches Seminar für Fremdsprachenunterricht in Gwatt

Seit über zehn Jahren laufen Französischunterrichts-Versuche in der Primarschule in zahlreichen Kantonen der Schweiz, vor allem in der Nordwestschweiz. Die Erziehungsdirektorenkonferenz der Schweiz (EDK) hatte 1974 allgemeine Empfehlungen zur Einführung und Koordination des Fremdsprachenunterrichts in der obligatorischen Schulzeit erlassen. Die Probleme des Französischunterrichts in den Kantonen der Nordwestschweiz (Basel-Land, Basel-Stadt, Solothurn, Bern, Aargau, Freiburg und Luzern) waren der Grund, dass sich am 24./25. November 1980 über 100 Lehrer und Vertreter der Erziehungsdepartemente sowie Lehreraus- und -fortbildner zu einer Tagung in Gwatt trafen.

Die Lehrerorganisationen dieser Kantone hatten in Zusammenarbeit mit der EDK der Nordwestschweiz diese Tagung vorbereitet, an der der Präsident, der Berner Erziehungsdirektor Henri-Louis Favre, die staatspolitische Aufgabe der Vermittlung einer zweiten Fremdsprache hervorhob. Die Planungsgruppe, die von Heinrich Riesen, dem Kurssekretär des Bernischen Lehrervereins, souverän geleitet wurde, stellte folgende Ziele auf: «Information über das Projekt Fremdsprachenunterricht, Aufzeigen der Probleme und Möglichkeiten mit Schwergewicht auf den schulpolitischen Aspekten, Beitrag zu gemeinsamen Entwicklungen in den Nordwestschweizerischen Kantonen». Dabei wurden die folgenden Problemkreise angegangen: Reform und Schüler, Reform und Lehrer, Reform und Lehrwerke sowie Reform und Rahmenbedingungen. In intensiven Gruppengesprächen wurden diese Themenkreise mit verschiedenen methodischen Möglichkeiten angegangen, wo-

bei Lektionsdemonstrationen konkrete Hinweise vermittelten. In einem gründlichen Vorbereitungspapier nahmen die Kommission Französisch sowie die Lehrerorganisationen der Nordwestschweiz zu den Problemen Stellung, die an der Tagung in den Diskussionen verfeinert wurden. Dabei kamen wohl divergierende Meinungen zum Vorschein, nicht jedoch in harter Konfrontation.

Unterricht dauernd in Reform

Der Unterricht des Primarlehrers ist dauernd in Reform begriffen. Immer ist mindestens eines seiner Dutzend Fächer an der Reihe, von Spezialisten hinterfragt, in der Didaktik umgewichtet und als Folge davon reformiert zu werden. Wer begriffe da nicht die weit verbreitete Reformverdrossenheit der Primarlehrerschaft. Trotzdem konnten aber Lehrer am ersten Abend in sketchartigen Darbietungen die Situation schildern. Wie wirkte das Lachen so befreiend, als ein Basler Lehrer sagte: «Wir taufen jetzt unser Schulhaus um in Reform-Haus.» Andererseits betonten die Lehrerorganisationen, dass «der Lehrer das Reformgerede nicht als Hilfe in seinem beruflichen Alltag erlebt, sondern als Aufstockung des Stoffes und Höherschrauben der Ansprüche». So lassen sich folgende Forderungen an eine Fachreform stellen: «Sie darf nicht fachisoliert angegangen werden. Die angrenzenden Stufen und abnehmenden Schulen haben die Reformkonzepte zu berücksichtigen. Die Grundausbildungsstätten sind darauf zu verpflichten. Fachreformen sind so zu staffeln, dass dem Lehrer genügend Musse für die Aufarbeitung, Übernahme in den Unterricht und Reflexion der Erfahrung bleibt. Bei Reformen sind zudem die Lehrer fortlaufend in die Planung einzubeziehen und für die Neuerungen zu motivieren.»

Reform des Fremdsprachenunterrichts hat Priorität

Der Entscheid zur Reform des Fremdsprachenunterrichts ist gesamtschweizerisch und regional vor allem ein politischer. Dadurch erhält diese Reform eigentliche Priorität. Dabei sind vier Aspekte zu berücksichtigen:

- der kulturpolitische und erzieherische Aspekt
Das gegenseitige Verständnis unter den Sprachgemeinschaften muss gefördert werden.
- der entwicklungspsychologische Aspekt
Die Phase, in der das Kind noch spontan mitteilungsbedürftig ist, sollte also genutzt werden.
- der didaktische Ansatz
Soll das Ziel der Kommunikationsfähigkeit erreicht werden, braucht der Schüler Freude am Sprechen und Mut zum Fehler. Die Fremdsprache soll ihm das positive Gefühl vermitteln, «seine kommunikativen Möglichkeiten deutlich erweitert zu haben».
- Koordination des Beginns des Fremdsprachenunterrichts

Der gleichzeitige Beginn mit der ersten Fremdsprache brächte eine begrüßenswerte Verbesserung in der verwirrenden Vielfalt unseres (erstarkten) Schulföderalismus.

Zu diesen Gesichtspunkten betonten die Lehrerorganisationen mit Recht, dass eine Reform des Fremdsprachenunterrichts eine Lehrplanreform erfordert.

Wie erlebt der Schüler heute den Französischunterricht?

Schüler aus den Demonstrationslektionen äusserten, dass sie Freude am Französischunterricht hätten, weil sie so frei sprechen dürfen, Fehler machen können, ohne schon immer an Noten zu denken. Sie können das Gelernte auch anwenden und erfahren, dass sie etwas Neues leicht lernen. So erlebt, ist der Fremdsprachenunterricht spielerischer, lebensnaher, schülerorientierter, nicht lehrerzentriert. Es geschieht «Kommunikation ohne Zwang». Auch wenn man den Fremdsprachenunterricht früher und heute nicht gegenüberstellen kann, so wurde doch in den Gruppendiskussionen festgehalten, dass die Schüler heute die Aussprache besser lernen. Die Spontaneität ist grösser, dafür die Angst kleiner. Ganzheitliches Lernen steht im Vordergrund. Fremdsprachenunterricht kann auch für den Deutschunterricht positiv sein. Ein solcher Unterricht kann auch «Vorbild» sein, um den schulischen Auftrag neu zu überdenken. Nachdenklich stimmte die vielfach angeführte Angst vor dem Stoff- und Selektionsdruck. Die bange Frage blieb unbeantwortet: «Wird dem Schüler Ballast aufgebürdet, dessen Gewicht später nichts mehr wiegt?» Die Französisch-Kommission argumentierte hingegen: «Am Lernen einer Fremdsprache erfährt das Kind sozusagen exemplarisch, dass fremde Sprachen in vollem Sinne Sprachen und dass Ausländer in vollem Sinne Menschen sind. In der Entwicklungsphase vor der Pubertät kann die Kommunikationsfreudigkeit, die Lust am Nachahmen, am Spielen einer Rolle, die Spontaneität und das stark ausgeprägte Mitteilungsbedürfnis für das Erlernen einer zweiten Sprache noch voll ausgenutzt werden.»

Genügende fremdsprachliche Qualifikationen des Lehrers

Je länger an jenem Seminar Erfahrungen ausgetauscht wurden, um so deutlicher kamen bestimmte Ängste zum Vorschein. Viele negative Stimmen wurden verständlich, wenn es um die sprachliche Sicherheit des Lehrers, namentlich des Primarlehrers, im Fremdsprachenunterricht geht. Aus- und Fortbildungsfragen bleiben die entscheidenden, weil der Lehrer Französisch gut beherrschen muss, um diesen Unterricht so erteilen zu können, dass die Freude am Sprechen erhalten bleibt. Deshalb fordern die Lehrerorganisationen mit Nachdruck: «Die genügende fremdsprachliche Ausbildung ist durch die Grundausbildung zu leisten. Den von der Reform betroffenen amtierenden Lehrern sind ge-

nügend Möglichkeiten für ihre eigentliche Nachausbildung auch innerhalb der Unterrichtszeit anzubieten.» Das sieht auch die Französisch-Kommission ein, wenn sie festhält: «Allerdings ist der Primarlehrer im allgemeinen dieser neuen Aufgabe sprachlich zu wenig gewachsen. Vor allem mangelt es an der mündlichen Beherrschung der Alltagssprache. Der sprachlichen Ausbildung ist deshalb grösste Aufmerksamkeit zu schenken.»

Lehrmittel werden geschrieben

Zur Zeit wird an vier Lehrmitteln für den Französischunterricht gearbeitet. Die Interkantonale Lehrmittelzentrale Luzern wird drei Werke herausgeben. Der Verlag Klett & Balmer in Zug arbeitet an einer schweizerischen Ausgabe des Lehrmittels «Cours de base». Diese Lehrmittel wurden von Lehrern am Seminar Luzern kurz vorgestellt. Dabei war die Feststellung entscheidend, dass es heute tatsächlich Lehrmittel gibt, die in der Schweiz entwickelt werden und welche die Möglichkeit geben, Französisch so zu erteilen, wie es den heutigen Vorstellungen entspricht. Auf der Grundlage der Lernziele der Erziehungsdirektorenkonferenz werden sie gestaltet. An sich stimmt es zuversichtlich, wenn Lehrer aus Erprobungsklassen meinten: «Heute bringt mein Französischunterricht Höhepunkte in den Schulwochen.» Oder: «Durch das Lehrmittel selbst habe ich meine Sprachfertigkeit für den Unterricht erhöhen können.» Trotzdem herrschte am Seminar Unbehagen darüber, dass zur Zeit vier verschiedene Lehrmittel entwickelt werden. Die Nordwestschweizer Lehrerorganisationen meinten zu diesem Problemkreis, dass die Lehrwerke dem Lehrer viele und frei auswählbare Möglichkeiten geben müssen. «Aber diese Lehrmittel dürfen nicht zu einer methodischen Gängelung des Lehrers führen.» Jean-Bernard Lang, Verantwortlicher für die Koordination des Deutschunterrichts in den Kantonen der Westschweiz, berichtete dabei in einem grundlegenden Referat von seinen Erfahrungen und meinte dabei zu den Ansprüchen an ein Lehrwerk, dass diese oft widersprüchlich seien.

Reform und Rahmenbedingungen

Zum Schluss des Seminars wurden von den Erziehungsbehörden und Lehrern Rahmenbedingungen dieser Reform diskutiert. Dabei ging es u. a. um die Frage des Stundeneinbaus im Lehrplan (klarer Stoffabbau). Über die finanziellen Konsequenzen wurden folgende Grundsatzforderungen aufgestellt: «Sagt ein Kanton zum Französischunterricht ja, dann sind auch die Kosten zu berücksichtigen, welche vor allem für eine gründliche Ausbildung der Lehrer in der französischen Sprache aufzuwenden sind.» Als minimale Ausbildung wurde verlangt: Intensivkurse im französischen Sprachgebiet, alle fünf Jahre Wiederholungskurse, methodisch-didaktische Kurse. Die Ausbildungskosten hat der Staat zu bezahlen. Für Seminaristen wurde ver-

langt, dass sie vor oder während der Ausbildung einen Jahresaufenthalt im französischen Sprachgebiet zu absolvieren hätten. In einer Umfrage unter den Tagungsteilnehmern wurden denn auch die folgenden fünf Rahmenbedingungen als die wichtigsten bezeichnet: Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung in der Schulzeit, Konsequenzen des Französischunterrichts auf den übrigen Unterricht, Lehr- und Stoffplan sowie Gespräche mit den weiterführenden Schulen.

Beurteilung

Das zweitägige Seminar konnte die vielen Probleme rund um den Französischunterricht sicher nicht lösen. Allein schon die Anwesenheit von über 100 Personen zeigte jedoch das Interesse, die Fremdsprachenunterrichts-Reform voranzutreiben und gemeinsam konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Viele Sachfragen blieben unbeantwortet, ja sie zeigten die gleiche Problemlage wie vor wenigen Jahren. Wenn ein Erziehungsrat folgende Voraussetzung erwähnte: «Die Reform gelingt, wenn der Lehrer bereit ist, sich für etwas Neues zu engagieren», dann war dies wohl richtig. Die Grundstimmung für den Französischunterricht an diesem Gwatter Seminar war sicher positiv, doch der Wille zur Reformdurchführung war noch mit vielen Wenn und Aber angefüllt. Andreas Basler, Sekretär der Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz, sprach von einem «optimistischen Gesamteindruck» und versuchte, Ermutigung und Hoffnung zu vermitteln, die Fremdsprachenunterrichts-Reform zu realisieren. Dieter Deiss, Sekretär der Lehrerorganisationen, fasste die Ergebnisse zusammen, indem er feststellte, dass unter den Tagungsteilnehmern die Vorverlegung des Französischunterrichts in die Primarschule unbestritten ist. Für Deiss lagen die Sorgen eindeutig bei den Lehrern, weil die Ausbildungsfrage noch nicht klar gelöst ist. Der Inhalt ist zwar fixiert, doch die Realisierung und die Finanzierung sind noch offen. Spürbar wurde jedoch der Wille zur Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Schulbehörden, oder wie es ein Lehrerfortbildner meinte: «Jede Reform taugt nur so viel, wie sie von den Lehrern getragen wird. Sie ist aber nur so weit durchführbar, wie sie von der Bildungsverwaltung und vom Stimmbürger (nicht vergessen von den Eltern) unterstützt wird.»

Dr. Walter Weibel

Drei Jahre nach der Fristenlösungsinitiative – Zwischenbilanz über die Hilfe an Mütter in Not

«Drei Jahre danach» war das Thema einer Tagung in Zürich vom 15. November 1980, an der über 100 Mitarbeiter der Vereinigung «Helfen statt töten» und «Ja zum Leben», deutsche Schweiz, teilnahmen.

Im Mittelpunkt der Tagung standen zwei Vorträge und die Tätigkeitsberichte der beiden Organisationen, die sich für den Schutz der Ungeborenen einsetzen.

Frau Dr. iur. M. Näf, Zürich, sprach zum Thema «Die

Frau und das Arbeitsrecht». Das Hauptgewicht ihres Referates legte sie auf den Kündigungsschutz vor und nach der Niederkunft. Ausführlich erklärte sie die Handhabung der zutreffenden Paragraphen. Nach ihrer Meinung besteht die Gefahr, dass sich ein übertriebener Ausbau des Mutterschaftsschutzes (samt 9monatigem Urlaub für den Vater) als Bumerang erweisen könnte. Frau Näf möchte die Eigenverantwortlichkeit nicht dem Staat übertragen, wohl aber einen vernünftigen und wirksamen Mutterschaftsschutz anstreben.

Frau Dr. Susy Squaitamatti, Zürich, sprach über den ethisch-theologischen Hintergrund der Schwangerschaftsberatung. «Eine Frau beraten bedeutet, sie entdecken zu lassen, dass Gott sie auf eine umfassende Art liebt und zwar so wie sie jetzt ist. ... Unsere Wertmassstäbe können wir ihr nicht aufzwingen, aber wir wollen ihr die Liebe, die uns trägt, offenbaren, damit sie selber den Weg zu ihr sucht.»

Der Tätigkeitsbericht von «Ja zum Leben» zeigte die Grundlagen der Schwangerschaftsberatung auf und gab einen Einblick in den Umfang und die Art der geleisteten Hilfe. Die Organisation hilft materiell und berät Mütter, die in innere und äussere Not geraten. Ab Frühling 1981 wird die ganze Schweiz mit einem Netz von Hilfsstellen überzogen sein. «Helfen statt töten» berät und unterstützt finanziell ebenfalls die Mütter, legt dabei ein besonderes Gewicht auf Information und Aufklärung.

Alle Mitarbeiter versehen ihren Dienst unentgeltlich. Die Beratungsstellen stehen jedermann kostenlos zur Verfügung.

Der Schweizerische Lehrerverein zu den Jugendunruhen

Veranlasst durch die Vorkommnisse in Zürich, Bern, Basel und Lausanne wendet sich die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Lehrervereins vom 29. November 1980 mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit:

- Die jüngsten Unruhen mit ihren Demonstrationen, Ausschreitungen und Gewaltakten sind, auch wenn sich nur ein kleiner Teil unserer Jugend daran beteiligt, eine Herausforderung an unsere Gesellschaft.
- Ob nun die Ursachen bei der Erziehung, den Anforderungen der Schule, den veränderten Lebensbedingungen in Umwelt und Wirtschaft oder in gesellschaftlichen Zwängen liegen, die Schule hat ihren Anteil an die Lösung des Problems zu leisten.
- Seine *Mitglieder* fordert der Schweizerische Lehrerverein auf, in ihren Anstrengungen als Erzieher nicht nachzulassen, dem einzelnen Schüler, auch dem Aussenseiter, mit Verständnis zu begegnen und im Schulzimmer ein Klima der menschlichen Wärme aufrechtzuerhalten.

- Die *Eltern* fordert er auf, der charakterlichen Entwicklung ihrer Kinder Vorrang vor unangemessenen Leistungsforderungen zu geben und für die Kinder da zu sein. In Schulfragen ist die verständnisvolle Zusammenarbeit mit dem Lehrer unerlässlich.
- Die *Behörden* fordert er auf, die Atmosphäre des Vertrauens unter Lehrern, Eltern und Behörden zu fördern und Verhältnisse zu gewährleisten, in denen sich der Schüler entsprechend seinen Anlagen bilden und seine seelischen Kräfte sinnvoll entfalten kann.
- Unserer *Gesellschaft* bleibt die Aufgabe gestellt, im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung für Lebensbedingungen zu sorgen, die allen Teilen der Bevölkerung gerecht werden.

Aus den Kantonen

Die NW EDK tagte in Ligerz

Die nordwestschweizerischen Erziehungsdirektoren trafen sich auf Einladung ihres Präsidenten, Regierungsrat Favre, Bern, zur Herbsttagung in Ligerz am Bielersee. Die Konferenz nahm Kenntnis vom Stand der Arbeiten beim Projekt SIPRI (Überprüfung der Situation an der Primarschule) sowie von den Problemen einzelner Kantone im Zusammenhang mit der Genehmigung der «Vereinbarung für die Übernahme der Betriebsdefizite von Kinder- und Jugendheimen».

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Zusammenarbeit mit dem Fernsehen der deutschen und rätoromanischen Schweiz SRG/DRS. Die Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz NWEDK stimmte dem Entwurf einer diesbezüglichen Vereinbarung grundsätzlich zu, bewilligte für 1981 einen Startkredit und bezeichnete ihren Vertreter in der Projektgruppe. Sobald die Regionalkonferenzen der Innerschweiz und der Ostschweiz der Vereinbarung ihrerseits zugestimmt haben, kann die Zusammenarbeit mit der SRG/DRS aufgenommen und im Rahmen einer Versuchsphase erprobt werden.

Schliesslich liess sich die NWEDK auch über die geplante Verlegung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer in den Kantonen Bern und Zürich orientieren. Die Anstrengungen dieser Kantone um die Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns wurden begrüsst und eine Resolution zur Unterstützung der Bemühungen verabschiedet.

Appenzell A. Rh.: Stellungnahme des Lehrervereins von Appenzell A. Rh. zum Schulgesetz

Der Vorstand des Kantonalen Lehrervereins Appenzell A. Rh. stellt fest, dass der vom Kantonsrat in erster Le-